

14.04.2005 - Gedenkstätte Zwangsarbeit im Landkreis Göttingen

An Herrn
Landrat Reinhard Schermann
- im Hause
Göttingen, den 18.04.2005

Sehr geehrter Herr Landrat!

Sie werden gebeten, den folgenden Antrag auf die Tagesordnung der Kreistagsitzung am 11.05.2005 zu setzen:

Der Kreistag möge beschließen:

Der Landkreis Göttingen setzt die Aufgabe, die Geschichte von Zwangsarbeitern, KZ-Häftlingen, Kriegsgefangenen und Militärinternierten von 1939 bis 1945 im Landkreis Göttingen aufzuarbeiten, fort:

Im Rahmen eines Werkvertrages soll geprüft werden, wie in einer Ausstellung, Gedenkstätte oder in anderer Form an diesen Teil der deutschen Geschichte erinnert werden kann. Die Entwicklung der Grundzüge einer Konzeption und Überlegungen zur Lokalisierung sowie die Möglichkeiten der Finanzierung werden Bestandteil des Werkvertrages.

Die detaillierteren Fragestellungen, die im Rahmen des Werkvertrages behandelt werden, sollen im Fachausschuss festgelegt werden.

Eine Entscheidung über die Form des zukünftigen Gedenkens an diesen Teil der Landkreisgeschichte soll nach Vorliegen des Ergebnisses des Werkvertrages erfolgen.

Begründung:

Im Landkreis Göttingen gab es eine Vielzahl gewerblicher Betriebe, die Landwirtschaft und öffentliche Einrichtungen, die von 1939 bis 1945 zwangsweise in das damalige Deutsche Reich gebrachte Arbeitskräfte beschäftigten, -zum großen Teil unter unmenschlichen Arbeits- und Lebensbedingungen. Die Menschen stammten überwiegend aus osteuropäischen Ländern.

Es waren mehr als 18 000 Zwangsarbeiter, darunter auch KZ-Häftlinge, insbesondere in der Rüstungsindustrie (Polte-Werke, Schickert-Werke) aber auch in anderen Betrieben (Schmirgelindustrie, Hann. Münden; Eisenbahn-Ausbesserungswerk, Göttingen; Basaltwerke, Adelebsen) tätig.

Die finanzielle Beteiligung an dem Bundesfonds zur Wiedergutmachung für ehemalige Zwangsarbeiter und KZ-Häftlinge und die erfolgte Dokumentation von Zwangsarbeit mit der in 2005 erfolgenden Buchveröffentlichung sind zwei wichtige Schritte der historischen Aufarbeitung. Im Umfeld des 60. Jahrestages des Endes des Zweiten Weltkriegs, das insbesondere für Zwangsarbeiter und KZ-Häftlinge ein Tag der Befreiung war, soll ein weiterer Schritt zur aktiven Auseinandersetzung mit diesem Teil der Geschichte erfolgen, -er soll insbesondere für junge Menschen und nachwachsende

Generationen vor Ort zugänglich gemacht werden.

An diesen Teil der Geschichte des Landkreises erinnert kein Museum, keine Ausstellung und nur einige wenige Gedenksteine. In Ortschroniken wird das Thema kaum behandelt.

Derzeit gibt es noch Gebäude, wie zum Beispiel Fabrikhallen und eine Baracke des KZ-Außenlagers von Buchenwald in Duderstadt, die Denkmäler dieser Zeit sein könnten. Weiterhin gibt es Zeitzeugen, die überwiegend in Osteuropa leben. In wenigen Jahren stehen diese Menschen für die Erforschung der lokalen Geschichte nicht mehr zur Verfügung.

gez: Matthias Brachmann

Verlauf der Antragsdebatte:

Kreistag am 11.05.2005, Ausschuss für Kultur, Sport und Partnerschaften am 05.09.2005, 28.11.2005 und 06.03.2006. Am 28.03.2006 Beschluss der Kreisausschuss einen Arbeitsauftrag (siehe Beschlussvorschlag Gedenkstättenstudie vom 28.03.2006) und stellte die weitere Beschlussfassung bis zum Kreistag am 19.07.2006 zurück